

STADTWERKE STUTTGART GMBH
VERGABE VON RAHMENVEREINBARUNGEN
ÜBER DIE ERRICHTUNG VON
PHOTOVOLTAIKANLAGEN IN FÜNF LOSEN
ZUM ABRUF VON EINZELAUFTRÄGEN
IM WEGE EINER ÖFFENTLICHEN
AUSSCHREIBUNG

RAHMENVEREINBARUNG LOS 5

Rahmenvereinbarung

über die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen

Los 5

Projekte, die durch die Stadtwerke Stuttgart GmbH ausgeschrieben werden, ohne Bestandsgebäude sowie Neubau- und Sanierungsprojekte der Landeshauptstadt Stuttgart

zwischen

**der Stadtwerke Stuttgart GmbH,
vertreten durch die Geschäftsführer Dipl.-Ing. Peter Drausnigg und Dipl.-Kfm. Hans-Günther Meier
Kesselstraße 21-23
70327 Stuttgart**

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ -

und

.....
- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ -

Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“

Rahmenvereinbarung Los 5

Seite 2 von 10 Seiten

Präambel

Der Auftraggeber hat im Rahmen der Ausschreibung von Rahmenvereinbarungen über die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen (nachfolgend „**PV-Anlage**“) zum Abruf durch den Auftraggeber gemäß dem Verfahrensleitfaden vom [...] Leistungen ausgeschrieben.

Der Auftragnehmer hat den Zuschlag erhalten und sich dadurch zum Abschluss der vorliegenden Rahmenvereinbarung qualifiziert.

Diese Rahmenvereinbarung regelt die Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer in Bezug auf alle unter der Rahmenvereinbarung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer im Rahmen eines Miniwettbewerbs zustande kommenden Einzelverträge (nachfolgend: „**Projektverträge**“).

§ 1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind – auf der Grundlage von Projektverträgen – die Errichtung von PV-Anlagen gemäß dem Verfahrensleitfaden vom [...]. Mit dem Abschluss dieser Rahmenvereinbarung kommt der Auftragnehmer in den Pool des genannten Loses, für das auf Stufe 2 der Miniwettbewerb um den jeweiligen Projektvertrag stattfindet. Es besteht keine Verpflichtung des Auftragnehmers, an den auf zweiter Stufe stattfindenden Miniwettbewerben teilzunehmen.
- (2) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus dem Verfahrensleitfaden vom [...] bzw. dem jeweiligen Anhang des Verfahrensleitfadens. Der Auftragnehmer verpflichtet sich – im Falle der Beauftragung auf Stufe 2 – zur Erbringung aller im Verfahrensleitfaden bzw. im jeweiligen Anhang des Verfahrensleitfadens festgelegten Leistungen. Der Leistungsgegenstand wird zudem durch die nachfolgenden Regelungen konkretisiert.
- (3) Der konkrete Umfang der Projektverträge steht bei Vertragsschluss noch nicht fest. Es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf einen Abruf oder auf ein bestimmtes Abrufvolumen oder auf „Ausschöpfung“ des Abrufvolumens.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Es gelten in der nachfolgenden Rangfolge als Vertragsbestandteile:
 - die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung,
 - der Verfahrensleitfaden vom [...] nebst Anlagen,
 - der Inhalt des jeweiligen Projektvertrags,
 - die weiteren Vergabeunterlagen,
 - das Angebot mit allen dazugehörenden Anlagen des Auftragnehmers inklusive Angaben zu den Bewertungskriterien vom [Datum],
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn diesen bei Abschluss eines Projektvertrags nicht ausdrücklich widersprochen wird.

Rahmenvereinbarung Los 5

Seite 4 von 10 Seiten

- (3) Diese Rahmenvereinbarung bildet einen integralen Bestandteil jedes Projektvertrags. Die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung gelten für alle unter den Projektverträgen zu erbringenden Leistungen des Auftragnehmers.
- (4) Bei Widersprüchen innerhalb eines Projektvertrags setzen sich der Auftraggeber und der Auftragnehmer über eine Anpassung des betreffenden Projektvertrags unverzüglich ins Benehmen und nehmen eine Anpassung entsprechend der Bedürfnisse des Auftraggebers vor.

§ 3

Auswahl des Auftragnehmers anhand eines Miniwettbewerbs; Einzelauftragserteilung

- (1) Die Auswahl des Auftragnehmers für den Abschluss eines Projektvertrags erfolgt im Rahmen eines Miniwettbewerbs im Hinblick auf den jeweils ausgeschriebenen Anhang des Verfahrensleitfadens gemäß den Vorgaben des Verfahrensleitfadens (Ziff. 4.5, Ziff. 6.3). Anschließend erfolgt die schriftliche Auftragserteilung des Auftraggebers gegenüber dem jeweiligen Auftragnehmer.
- (2) Der Projektvertrag über die gemäß des jeweiligen Anhangs des Verfahrensleitfadens zu errichtende PV-Anlage kommt mit Zugang des Auftragsschreibens des Auftraggebers beim Auftragnehmer zustande und bedarf zu seiner Wirksamkeit keiner Annahmeerklärung des Auftragnehmers.
- (3) Nach Auftragserteilung wird eine Vertragsurkunde entsprechend dem Projektvertragsmuster „Planung, Montage und Errichtung PV-Anlage“ für die Errichtung der PV-Anlage erstellt, in die insbesondere
 - der Pauschalpreis,
 - der jeweilige Anhang des Verfahrensleitfadens,
 - der Baubeginn, der Fertigstellungstermin und der Bauzeitenplan,
 - die weiteren Vertragspläne und -unterlagen,aufzunehmen sind.

§ 4 Höchstpreisvereinbarung

Die mit dem Angebot des Auftragnehmers auf der 1. Stufe angebotenen Preise (EUR / kWp) vom [...] sind Höchstpreise für alle Projektverträge, die bis zum Ende dieser Rahmenvereinbarung erteilt werden. Sie dürfen allenfalls um standortabhängige Kosten, die vom Auftragnehmer nachvollziehbar darzulegen sind, nach entsprechender schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers erhöht werden.

§ 5 Pauschalpreisbildung

- (1) Für jede beauftragte PV-Anlage wird ein Pauschalpreis entsprechend den nachfolgenden Regelungen gebildet, mit dem sämtliche vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen abgegolten sind.
- (2) Der Gesamtpauschalpreis je PV-Anlage setzt sich wie folgt zusammen:
 - a) Pauschale gemäß Angebot des Auftragnehmers vom [...],
 - b) Standortabhängige Kosten

Für die standortabhängigen Leistungen, die in dem Angebot des Auftragnehmers nicht erfasst und beschrieben werden (und die demzufolge noch nicht in der Pauschale gemäß Angebot des Auftragnehmers vom [...] enthalten sind), ist auf der Grundlage der standortspezifischen Anforderungen ein Preis bei Bildung der Restpauschale zu ermitteln.

- (3) Alle Preise sind Festpreise für die gesamte Bauzeit. Eine Preisanpassung findet für bis zum Ende dieser Rahmenvereinbarung abgeschlossene Projektverträge nur gemäß der Anpassungsklausel in vorstehendem § 4 statt.

§ 6 Festlegung des zeitlichen Ablaufs

- (1) Der Auftraggeber wird mit dem Auftragnehmer einen Bauzeitenplan bis zur Fertigstellung der jeweiligen PV-Anlage vereinbaren. Der Bauzeitenplan wird sodann Vertragsbestandteil des jeweiligen Projektvertrages.

Rahmenvereinbarung Los 5

Seite 6 von 10 Seiten

- (2) Die maximale Bauzeit bestimmt sich im Falle von Neubauten nach dem Angebot des Auftragnehmers. Im Falle von Bestandsgebäuden sind folgende Ausführungsfristen einzuhalten:

- bei PV-Anlagen mit einer Leistung von bis zu 30 kWp: 15 Wochen
- bei PV-Anlagen mit einer Leistung von bis zu 100 kWp: 25 Wochen

jeweils gerechnet ab Auftragseingang beim Auftragnehmer innerhalb der Angebotsbindefrist und bis zur baulichen Fertigstellung (ohne Zählersetzung).

- (3) In jedem Fall müssen sämtliche Unterlagen für Gutachterabnahmen acht Werktage vor dem Abnahmetermin vom Auftragnehmer vorgelegt werden.

§ 7 Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche ihm zugänglich werdenden Informationen des Auftraggebers, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach den sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, unbefristet geheim und unter Verschluss zu halten und sie, soweit nicht für die Zusammenarbeit geboten, weder aufzuzeichnen noch weiterzugeben oder zu verwerten.
- (2) Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit die Informationen nach Absatz 1 nachweislich bereits vor Abschluss dieses Rahmenvertrags bekannt oder vor Abschluss dieses Rahmenvertrags allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden des Auftragnehmers allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt der Auftragnehmer.
- (3) Der Auftragnehmer wird durch geeignete vertragliche Abreden mit den für ihn tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten, insbesondere seinen freien Mitarbeitern und den für ihn tätigen Werkunternehmern sowie Dienstleistern, sicherstellen, dass auch diese jede Zuwiderhandlung gegen die Geheimhaltungspflicht nach Absatz 1 unterlassen.

§ 8 Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz, insbesondere die EU-Datenschutzgrundverordnung („DSGVO“) in Ausführung des Vertrags zu beachten und die Einhaltung dieser Bestimmungen ihren Mitarbeitern aufzuerlegen.
- (2) Die Vertragsparteien verarbeiten die erhaltenen personenbezogenen Daten (Namen und Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner) ausschließlich zur Erfüllung des Vertrags (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO) und werden diese durch dem aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DSGVO) schützen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die personenbezogenen Daten zu löschen, sobald deren Verarbeitung nicht mehr erforderlich ist. Etwaige gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt.
- (3) Sollte der Auftragnehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für den Auftraggeber personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten, werden die Vertragsparteien hierüber eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO schließen.

§ 9 Vertragsschluss, Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Die Rahmenvereinbarung wird mit Zuschlagserteilung geschlossen. Der Leistungszeitraum beginnt am 1. September 2026. Die Vertragslaufzeit endet am 31. August 2028 (Grundlaufzeit). Die Rahmenvereinbarung verlängert sich um zwei Jahre bis zum 31. August 2030, wenn der Auftraggeber die Rahmenvereinbarung nicht mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende der Grundlaufzeit kündigt. Spätestens nach einer Vertragslaufzeit bis zum 31. August 2030 endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Die Vertragsparteien sind berechtigt, die Rahmenvereinbarung außerordentlich aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt für den Auftraggeber insbesondere vor,
 - bei einer schuldhaften Falschangabe in einer Eigenerklärung des Auftragnehmers im Vergabeverfahren;

Rahmenvereinbarung Los 5

Seite 8 von 10 Seiten

- wenn der begründete Antrag zur Eröffnung eines Insolvenz- oder vergleichbaren Verfahrens zur Schuldenbereinigung über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird;
 - im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer, insbesondere, wenn die übernommenen Leistungen nicht zu dem vereinbarten Zeitpunkt oder nicht in der vertraglich vorgegebenen Zeit, Art oder Weise ausgeführt werden, und trotz schriftlicher Abmahnung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer keine Abhilfe geschaffen wird.
- (3) Jede Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- (4) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Regelungen dieser Rahmenvereinbarung über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Regelungen insoweit auch nach dem Ende der Vertragslaufzeit wirksam.
- (5) Am Ende der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung noch nicht erfüllte Projektverträge sind über das Vertragsende hinaus zu den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung zu erfüllen.

§ 10
Versicherungen

- (1) Der Auftragnehmer unterhält eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung nach Maßgabe seiner im Angebotsformular abgegebenen Eigenerklärung.
- (2) Die abzuschließenden Versicherungen hat der Auftragnehmer bis zur Fertigstellung und Übergabe des jeweiligen Bauvorhabens aufrecht zu erhalten. Abschluss und Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen. Der Auftragnehmer trägt die Kosten für die von ihm abzuschließende/abgeschlossene Versicherungen selbst.

§ 11
Schlussbestimmungen

- (1) Die Rahmenvereinbarung enthält alle getroffenen Vereinbarungen. Weitere schriftliche oder mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

Rahmenvereinbarung Los 5

Seite 9 von 10 Seiten

- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (3) Für die Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dieser Rahmenvereinbarung ist Stuttgart.
- (5) Sollten Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung ganz oder teilweise nichtig, rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit dieser Rahmenvereinbarung im Übrigen nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich in der Rahmenvereinbarung eine Lücke herausstellen sollte. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Auftraggeber

Unterschrift Auftragnehmer